

ARCHITEKTUR UND STÄDTEBAU IM SÜDLICHEN OSTSEERAUM ZWISCHEN 1936 UND 1980

Publikation der Beiträge zur kunsthistorischen Tagung,
veranstaltet vom Caspar-David-Friedrich-Institut, Bereich Kunstgeschichte,
der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald,
8.–10. Februar 2001

Herausgegeben von Bernfried Lichtnau

Lukas Verlag

Die Drucklegung wurde gefördert durch:
die Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Essen,
die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald,
die Sparkasse Ostvorpommern, Greifswald,
das Caspar-David-Friedrich-Institut, Bereich Kunstgeschichte, Greifswald,
Herrn Dr. med. Dr. phil. D. Pocher, Güstrow.
Wir danken allen Sponsoren herzlich für die Unterstützung.

Titelbild: Krampnitz, Februar 2002 (Robert Conrad, Berlin)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Architektur und Städtebau im südlichen Ostseeraum zwischen 1936 und 1980 :
Publikation der Beiträge zur Kunsthistorischen Tagung, 8.–10. Februar 2001 /
veranst. vom Caspar-David-Friedrich-Institut, Bereich Kunstgeschichte,
der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Hrsg. von Bernfried Lichtnau. –
1. Aufl. – Berlin : Lukas-Verl., 2002
ISBN 3–931836–74–6

© by Lukas Verlag
Erstausgabe, 1. Auflage 2002
Alle Rechte vorbehalten

Lukas Verlag für Kunst- und Geistesgeschichte
Kollwitzstraße 57
D–10405 Berlin
<http://www.lukasverlag.com>

Redaktion: Birthe Dobroczeck, Sandrine Teuber, Bernfried Lichtnau
Satz: Uta Jeran, Ben Bauer
Umschlag: Verlag
Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Printed in Germany
ISBN 3–931836–74–6

Inhalt

BERNFRIED LICHTNAU: Begrüßung und Eröffnung der Tagung	7
BERNFRIED LICHTNAU: Kurze Einführung in die Thematik	11
KYRA T. INACHIN: Pommern im Dritten Reich	24
ILONA BUCHSTEINER: Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern 1945–1990	33
ANDREAS MEINECKE: Die »Jahrtausend-Ausstellung Cottbus 1930«. Zu den Entwürfen von Hermann Jansen, Paul Wolf und Wilhelm Kreis für Ausstellungsgelände, Stadthalle und Rathaus (1927–36)	47
ULRICH HARTUNG: Funktion und Formprinzip in nationalsozialistischer Architektur	70
NEIDHARDT KRAUSS: Schloss Speck und Staatsrat Herrmann	86
DIRK ZABEL: Die »Heeresarbeitersiedlung Kummersdorf-Schießplatz« (1933–1945)	95
ROBERT CONRAD: Eine ehemalige Unterkunftsanlage der national- sozialistischen Rüstungsindustrie in Eggesin	118
KATHRIN STOLZENBURG: Hans Bernhard Reichow (1899–1974). Ein Architekt und Städteplaner zwischen der nationalsozialistischen Umgestaltung und der autogerechten Stadt	137
GERT GRÖNING: Teutonische Mythen – Trümmer, Schutt und Wiederaufbau. Eine Skizze zur Entwicklung der Landschaftsarchitektur in Deutschland 1940–1960	153
JACEK FRIEDRICH: Kontinuität und Innovation beim Wiederaufbau Danzigs	169
JÓZEF SZYMON WROŃSKI: Sakralbau in Krakau- Nowa Huta in den 1960/70er Jahren	175
MICHAEL LISSOK: Denkmalpflege als Stadtbildpflege am Beispiel Stralsunds von zirka 1925 bis 1970	190

SABINE BOCK: Umgestaltungspläne für die Schweriner Innenstadt zwischen 1933 und 1980	214
KLAUS HAESE: Wiederaufbau und Ausbau kriegszerstörter Städte in Vorpommern – das Beispiel Anklam	236
MARK ESCHERICH: Schulbaukonzepte in der SBZ und frühen DDR	249
HEINZ QUITZSCH: Die Rezeption des Bauhauses in der DDR zwischen 1945 und 1955	268
JÖRG KIRCHNER: Traditionalismus in der Architektur der frühen DDR	284
ALEXANDER SCHACHT: Das Wirken von Adolf Friedrich Lorenz als Architekt und Denkmalpfleger in Mecklenburg	302
DIETER POCHER: Mestlin – das sozialistische Beispieldorf in Mecklenburg	323
JENS AMELUNG: Wohnsiedlung Riemserort	336
JENS CHRISTIAN HOLST: Landhäuser der Nachkriegszeit im Hamburger Raum. Zum Beispiel Godber Nissen	352
MARGRIT KÜHL: Wiederaufbauplanung nach 1945 im Umfeld der Holtenauer Straße in Kiel	370
THOMAS BRÜCK: Genossenschaftlicher Wohnungsbau in und um Greifswald 1954 – 1971	382
JOACHIM PALUTZKI: Der standardisierte Wohnungsbau. Zur Entwicklung der Wohnungsbauprogramme der 1960er und 1970er Jahre in der DDR	409
ARNOLD BARTETZKY: Zwischen Denkmalpflege und Stadtverhübschung. Der Wiederaufbau historischer Stadtzentren in Nordpolen seit 1980	434
Anhang	
Autorenverzeichnis	448

Begrüßung und Eröffnung der Tagung

Bernfried Lichtnau

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Prorektor und Herr Prodekan!

Im Namen der Institutsleitung, und natürlich auch in meinem eigenen Namen als Tagungsveranstalter, darf ich Sie herzlich zu unserer III. Greifswalder Tagung zur Entwicklung der regionalen Architektur im 20. Jahrhundert in den Räumen des Instituts für Kunstwissenschaften, im Gebäude der Kunstpraxis in der Bahnhofstraße begrüßen.

Zugleich danke ich Herrn Prorektor, Prof. Dr. Ohlemacher, und dem Prodekan der Philosophischen Fakultät, Herrn Prof. Dr. Schneider, für Ihre sehr persönlichen Worte zur Begrüßung und Tagungseröffnung. Wir freuen uns, dass Sie sich die Zeit nehmen konnten, in einem bestimmten Zeitrahmen an der Veranstaltung teilzunehmen. Vielen Dank!

Die vor uns stehende III. Tagung steht konzeptionell in innerer logischer Verbindung mit den beiden vorangegangenen Greifswalder Architekturtagungen. Die erste Tagung »Architektur in Mecklenburg und Vorpommern 1800–1950« im Jahre 1995 bildete ein Forum des Bekanntmachens und Vorstellens von Forschungsprojekten und neuen Erkenntnissen, die durch die politischen Veränderungen 1989/90 initiiert wurden und zu einer verstärkten Auseinandersetzung, ja notwendigen Aufarbeitung regionalgeschichtlicher Prozesse – auch auf dem Gebiet der Kunst- und Architekturgeschichte – führten.¹ Von verschiedenen Seiten aus – den Museen, wissenschaftlichen Institutionen und Persönlichkeiten, Einzelpersonen, Bürgerinitiativen und nicht zuletzt renommierten und neu gegründeten Verlagen – setzte ein Prozess der Aufarbeitung der zurückliegenden Entwicklungsphasen und Phänomene der Kunst und Architektur in Mecklenburg und Vorpommern ein – ein Prozess, dessen Vehemenz und Vitalität aus der Aufhebung der verordneten Zurückhaltung der Forschung um 1989/90 resultierten. Neben den Entwicklungsprozessen der Architektur im 19. Jahrhundert standen insbesondere die Fragen zur Architektur in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts in ihren sozialen und politischen Bezügen zur Debatte. Bis heute – und das belegt auch das inhaltliche Profil der vor uns stehenden Tagung – bildet die Aufarbeitung und kritische Auseinandersetzung mit architekturhistorischen Phänomenen des deutschen Nationalsozialismus im Kontext mit politisch-ideologischen Zielstellungen einen Schwerpunkt der Auseinandersetzung. Diese Fragenkomplexe wurden in der Geschichtsdebatte der DDR in den 1980er Jahren zunehmend offener und differenzierter diskutiert, jedoch erfolgte die kunsthistorische Auseinandersetzung auf Grund der Nichtzugänglichkeit oder der er-

1 LICHTNAU, Bernfried (Hg.): *Architektur in Mecklenburg und Vorpommern 1800–1950*. Publikation der kunsthistorischen Tagung Greifswald 1995, Greifswald 1996.

schweren Erfassung und Dokumentation der Architekturobjekte – ein Großteil der NS-Bauten wurde pragmatisch weiter als Militäranlage oder zivile Wohnsiedlung im Einzugsbereich eines Militärobjekts, als Verwaltungseinrichtung beziehungsweise Industrieanlage mit besonderen Sicherheitsauflagen genutzt – bis zur politischen Wende nur in Ansätzen. Nach 1992 wurden Denkmalpfleger und Kunsthistoriker in einer nicht vorhersehbaren Dynamik mit den Problemen der Auflassung von Industrieobjekten und Militäranlagen und den daraus resultierenden Fragestellungen der radikal in vorhandene Bausubstanz eingreifenden Neunutzung – oder der unsteuerbaren Entstehung von Industrie- und Militär-»Brachen« – konfrontiert. Hier waren oftmals schnelle Entscheidungen über den Erhalt als Denkmalschutz-Objekt oder die Aufgabe mit der Folge unwiederbringlicher Verluste an spezifischer Architektur gefordert, für die aus den genannten Gründen die notwendige Zeit für eine fundierte wissenschaftliche Erarbeitung und Bewertung nicht gegeben war.²

Die zweite kunsthistorische Tagung im Jahre 1997 mit der Thematik »Städtische und ländliche Siedlungsarchitektur zwischen 1900 und 1960 in Mecklenburg und Vorpommern sowie anderen Regionen« widmete sich – auf der Bestandsaufnahme der 1. Tagung aufbauend – der spezifischen Fragestellung, die Entwicklungsprozesse und regionalen Besonderheiten im städtischen und ländlichen Siedlungsbau nach 1900, in den Jahren der Weimarer Republik und in der ideologisierten Baupolitik des deutschen Nationalsozialismus, mit dem Ausblick auf die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus nach dem II. Weltkrieg in den beiden deutschen Staaten zu erfassen und zu diskutieren.³ Wiederum konnte eine Fülle an neuen Forschungsergebnissen während der Tagung vorgestellt und erörtert werden. Trotz ungünstiger Bedingungen gelang es, diese mit der Publikation der Referate der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die nun beginnende Tagung wird sich im Schwerpunkt mit der Architektur und vor allem mit dem Städtebau im südlichen Ostseeraum zwischen 1936 und 1980 auseinandersetzen. Obwohl trotz intensiver Vorbereitung nicht alle avisierten Fachkollegen ihre Teilnahme ermöglichen konnten – hier insbesondere aus Nordeuropa und dem Baltikum –, wurde es dennoch möglich, ein differenziertes und in sich stringentes Profil der kunsthistorischen Tagung zu erzielen. Wir freuen uns, neben treuen »alten« Referenten und Tagungsteilnehmern, die schon beide oder zumindest eine Tagung mitgestalteten, viele neue Referenten begrüßen zu dürfen. Wie schon während der beiden vorangegangenen Tagungen bemühten wir uns, wieder eine fachübergreifende, interdisziplinäre Auseinandersetzung mit den Architekturphänomenen in den drei Zeitebenen – Bauen in der Zeit des deutschen Nationalsozialismus ab dem Vierjahresplan 1936 bis zur Niederlage 1945; die Nachkriegs- und

2. *Erinnert sei an die bis heute unentschiedene Situation über den Erhalt, die Neunutzung oder den Teil- oder Totalabriss des Architekturtorsos »KdF-Seebad Rügen« in Prora.*

3. LICHTNAU, Bernfried (Hg.): *Städtische und ländliche Siedlungsarchitektur zwischen 1900 und 1960 in Mecklenburg und Vorpommern sowie anderen Regionen. Publikation der Beiträge zur kunsthistorischen Tagung Greifswald 1997, Greifswald 1999.*

Wiederaufbauphase und schließlich die Periode der extensiven Neubautätigkeit ab der 2. Hälfte der 1950er bis zum Ende der 1970er Jahre – anzustreben. Wir konnten zu der aktuellen Tagung die Teilnahme zweier Historikerinnen der Rostocker und der Greifswalder Universität – Frau Prof. Dr. Buchsteiner und Frau Dr. Inachin – mit wesentlichen Beiträgen zu den sozialhistorischen und wirtschaftshistorischen Besonderheiten in Mecklenburg und Pommern im Untersuchungszeitraum ermöglichen. Naturgemäß dominieren bei solch spezifischen Tagungen die Kunst- und Architekturhistoriker. Eine Bereicherung der Tagungsthematik verspricht das Referat Prof. Dr. G. Grönings. Er vertritt an der Hochschule der Künste Berlin das Fachgebiet Gartenkultur und Freiraumentwicklung. Wir freuen uns, dass er seine Teilnahme auch an dieser Tagung ermöglichen konnte. Weiterhin begrüßen wir Denkmalpfleger, Architekten, Mitarbeiter der Archive und Museen, an Fragen der Architektur Interessierte und nicht zuletzt unsere Absolventen und Studenten als Referenten und Teilnehmer der III. Tagung. Nicht zuletzt möchte ich unsere beiden polnischen Fachkollegen, Herrn Dr. J.S. Wroński aus Krakow und Herrn Dr. J. Friedrich aus Gdynia, herzlich begrüßen. Herr Dr. Wroński hat von allen Tagungsteilnehmern mit Abstand den weitesten Reiseweg – herzlichen Dank für Ihr großes Engagement. Wir sind sehr gespannt auf die Thematik Ihres Referates, das mit Sicherheit unser räumlich-topographisch fixiertes Tagungsprogramm bereichern und erweitern wird. Wir hoffen sehr, dass sich die Arbeitsbeziehungen zu den polnischen KollegInnen und Institutionen weiter entwickeln und vertiefen werden.

Wir sind sehr froh, dass es in der Vorbereitung der III. Greifswalder Architekturtagung wiederum gelang, neben anerkannten Fachwissenschaftlern der verschiedenen Disziplinen auch den jungen Wissenschaftlern – darunter Doktoranden, Absolventen und Studenten der oberen Semester – die Möglichkeit zu bieten, ihre Forschungsergebnisse vorzustellen und sich der fachlichen Diskussion zu stellen. Diese produktive Mischung von erfahrenen Wissenschaftlern und den nachrückenden jüngeren Fachkollegen bildet meines Erachtens ein Spezifikum der bisherigen Greifswalder Architekturtagungen.

Eine gute alte Tradition der Greifswalder Kunstgeschichte besteht in der aktiven Einbeziehung von Studentinnen und Studenten der unterschiedlichen Semester in die Vorbereitung und Durchführung der Arbeitstagungen. Für den engagierten Einsatz unserer StudentInnen – sei es in der Arbeit des Tagungsbüros, in der Begleitung der Referate mit der Dia-Projektion und nicht zuletzt in der mit Ideen und Charme angebotenen Pausenversorgung während der drei Arbeitstage – danken wir an dieser Stelle besonders herzlich.

Der Institutsleitung danke ich für die großzügige gewährte Möglichkeit, unsere Tagung in den Räumen des Bereichs Kunst und Gestaltung/Kunstpädagogik durchführen zu können.

In kollegialer Unterstützung erarbeiteten Studenten und Studentinnen unter der Anleitung von Frau Prof. Dagmar Lißke, Frau Sylvia Dallmann und Herrn Nils Dicaz eine die Thematik der Tagung interpretierende Ausstellung künstlerischer Arbeiten mit dem Titel »Architektur als Konzept«. Die Werke befinden sich im

Tagungsraum, dem Großen Malsaal, und in den Fluren. Weiterhin wurde zur Tagung eine zweite Ausstellung zum Thema »Künstlerische Buchobjekte« aufgebaut – sie befindet sich in der gegenüberliegenden Keramikwerkstatt und ist während der Tagung allen Interessenten zugänglich. Im Kleinen Malsaal – im Anschluss an unseren Tagungsraum – ist noch ein beachtlicher Teil von Arbeiten behinderter Mitarbeiter der Greifenwerkstatt zu sehen. Sie entstanden während der Anleitungen durch unsere Studenten unter Betreuung von Frau Dr. Gisela Oertel. Für das Engagement der StudentInnen und KollegInnen, ein mit Hilfe von begleitenden Ausstellungen ästhetisch gestaltetes Umfeld zur kunsthistorischen Tagung zu schaffen, danke ich an dieser Stelle herzlich und bitte die Tagungsteilnehmer, in den Pausen die gebotenen Ausstellungen zu besichtigen.

Ebenso danken wir den beiden Verlagsleitern, Herrn Thomas Helms, Schwerin, und Herrn Dr. Ulrich Rose, Greifswald, für Ihre Bereitschaft, im Rahmen unserer Tagung ein fachbezogenes Buchangebot zum Verkauf zu präsentieren. Auch Herr Prof. Dr. Gröning stellt einen Querschnitt der Publikationen seines Wissenschaftsbereichs vor, der ebenfalls Interessenten finden wird.

Nochmals ein herzlicher Dank allen Referenten und Teilnehmern für ihr Engagement, die III. Greifswalder Architekturtagung wieder zu einem Forum des freimütigen Wissens- und Meinungsaustausches werden zu lassen.

Wir wünschen Ihnen allen einen erlebnisreichen Aufenthalt in Greifswald und der Tagung – wie auch der Halbtagesexkursion nach Stralsund am 11. Februar 2001 – einen guten Verlauf.

Kurze Einführung in die Thematik

Bernfried Lichtnau

Mit dem zeitlichen Rahmen der 3. Greifswalder Architekturtagung von 1936 bis 1980 wollen wir keine neue »Binnendatierung« der deutschen Architekturentwicklung im 20. Jahrhundert anbieten. Auf Grund des Prämissenwandels in der Baupolitik des deutschen Nationalsozialismus mit der Durchsetzung der Ziele des Vierjahresplanes ab September/Oktober 1936¹ ist eine erneute, weiterführende Auseinandersetzung unter städtebau- und architekturhistorischen Gesichtspunkten, anknüpfend an die Positionen der beiden vorangegangenen Greifswalder Tagungen, notwendig und folgerichtig.

Zur Stabilisierung der Herrschaft des deutschen Nationalsozialismus wird die Zentralisation zugunsten der Machtbefugnisse der Reichsregierung und ihrer Ministerien forciert und bei der Umsetzung der Vorhaben des Vierjahresplanes 1936–40 nochmals verschärft mit der Zielstellung, die Rüstungsindustrie beschleunigt auszubauen, die militärischen Kräfte auf einen Angriffskrieg vorzubereiten und eine weitgehende Autarkie der Versorgung der Industrie wie auch der Bevölkerung im Kriegsfall zu sichern. Aus diesen Bedingungen heraus wird der norddeutsche Wirtschaftsraum als wirtschaftliche und militärisch-logistische Einheit aufgefasst. Die politische Selbständigkeit der Länder des Deutschen Reiches wurde mit dem 1. »Gesetz der Gleichstellung der Länder mit dem Reich« vom 31. März 1933 und dem »Gesetz über den Neuaufbau des Reiches« vom 30. Januar 1934 aufgehoben.² Das Land Mecklenburg und die preußische Provinz Pommern wurden somit auf Grund ihrer verhältnismäßig fernen und somit anfangs vor Luftereinwirkungen sicheren Lage wie auch auf Grund der geringen Bevölkerungsdichte zu einem her-

-
- 1 9. September 1936: »Gauleiter Adolf Wagner verliest [im Rahmen des 8. Parteitages der NSDAP in Nürnberg; B.L.] eine große Proklamation an den Führer. Darin wird als neues Vier-Jahres-Programm die möglichst weitgehende Autarkie der Rohstoffindustrie verkündet.«, in: OVERESCH, Manfred: Das III. Reich, 2 Bde., Bd. 1 1933–1939. Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft – Kultur. Lizenzausgabe für Weltbildverlag, Augsburg 1991. Erstausgabe Droste Verlag, Düsseldorf 1982, Ausgabe 1991, S. 303; ebd. S. 311: 18. Oktober 1936. »Hitler beauftragt Hermann Göring mit der Durchführung des Vierjahresplanes«. – Zur Vorbereitung der wirtschaftlichen Autarkiebestrebungen im Rahmen einer forcierten militärischen Aufrüstung mit dem Ziel eines vorgesehenen Angriffskrieges schuf H. Göring im April/Mai 1936 den Rohstoff- und Devisenstab, geleitet von Luftwaffenoffizieren und Industriellen. Dieser bildete den Kern der späteren Vierjahresplan-Behörde. Am 22. Oktober 1936 stellte H. Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan seine Organisation der Öffentlichkeit vor. 1940 verlängerte Hitler die Vollmacht Görings als Beauftragter für den Vierjahresplan (mit Wirkung auf die besetzten Gebiete) um weitere vier Jahre, in: BENZ, Wolfgang, Hermann GRAML, Hermann WEISS: Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1997, S. 782f.
 - 2 BOSSELMANN, Heino: Unter der Herrschaft der Weltanschauungen. Mecklenburg in der Weimarer Republik, dem »Dritten Reich« und der DDR, S. 81–92, hier S. 85, und Katalogteil S. 475f. »Der Führerstaat«, in: Katalog 1000 Jahre Mecklenburg. Geschichte und Kunst einer europäischen Region, hg. von ERICHSON, Johannes, Hinstorff Verlag, Rostock 1995.

ausragenden Standort der deutschen Rüstungsindustrie und der hochgerüsteten drei Waffengattungen der Wehrmacht ausgebaut.³ Einige Tagungsbeiträge werden sich mit der Frage nach den städtebaulichen Positionen bei der Planung und beschleunigten Errichtung von Werks- und Standortsiedlungen im Zusammenhang mit Vierjahresplan-Vorhaben auseinandersetzen.⁴ Offensichtlich ist, wie Untersuchungen einer Reihe von Siedlungen in Mecklenburg und Vorpommern bis 1939 verdeutlichen, dass die Leitlinie der Stadtrand-Kleinsiedlung mit eingeschossigen Einzel- und Doppelhäusern in der Tradition der späten Weimarer Republik nicht abrupt aufgegeben wird zugunsten städtisch geprägter Siedlungen und Wohnquartiere im Geschosswohnungsbau.⁵ Häufig praktiziert wurde eine Mischgestaltung mit effektiv zu errichtenden und zu bewirtschaftenden Reihenhäusern mit Gartenparzellen zur angestrebten Selbstversorgung und zentral in die Siedlungsstruktur eingeordneten mehrgeschossigen Mietswohnhäusern.⁶ In der Ausführung der großen Wohnsiedlungen ab 1937/39 bis in die ersten Jahre des II. Weltkrieges wird deren Struktur strenger und gleichförmig-mechanisch in der Wiederholung der Wohnquartiere mit weitgehend geschlossener Blockrandbebauung.⁷ Die Bauten selbst weisen schon deutlich eine Tendenz zur Vereinfachung und Typisierung in Richtung auf eine industrialisierte Massenfertigung auf.⁸ Mit den in größerem Umfang zwischen 1938 und 1940/41 errichteten »Vierjahresplan-Siedlungen« kam es zu einer Veränderung der städteplanerischen Prämissen: Der Kreis der großstadtfeindlichen, auf das Ideal der kleinen, ländlich geprägten Stadt fixierten Architekten, Städteplaner und Politiker im deutschen Nationalsozialismus wie Gottfried Feder, Paul Schmitthenner,

-
- 3 KERSHAW, Ian: Führer und Hitlerkult, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, a.a.O., S. 22–33, v.a. S. 23f. u. S. 29f. – LICHTNAU, Bernfried: Begrüßung und Einführung in die Thematik der Tagung, in: Städtische und ländliche Siedlungsarchitektur ..., a.a.O., S. 29ff. u. S. 37.
 - 4 Vgl. den Beitrag von Alexander Schacht im vorliegenden Tagungsband: Das Wirken von Adolf Friedrich Lorenz als Architekt und Denkmalpfleger in Mecklenburg.
 - 5 Ein dafür charakteristischer Beleg ist die Anlage und Errichtung der Fliegiersiedlung in Tutow, Vorpommern. Die Bauzeit liegt zwischen 1935 (Planung) und 1938.
 - 6 Vgl. dazu: ZABEL, Dirk: Das Projekt der »Stadt X« für 20 000 Einwohner ..., S. 340–350, sowie LICHTNAU, Bernfried: Die Militärsiedlungen in Dranske und Wiek auf Rügen, S. 311–322. Beide Beiträge in: Architektur in Mecklenburg und Vorpommern ..., a.a.O. – Die Luftwaffensiedlung in Boltenhagen-Wichmannsdorf 1. Lageplan 1939 datiert, Teilbebauungspläne 1940. Die Großsiedlung mit mehrgeschossigen Wohngebäuden und eingeschossigen Reihenhäusern in Randlage wurde nahezu vollständig laut den Planungen errichtet. Die Gebäude wurden backsteinsichtig ausgeführt. Planzeichnungen im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv Schwerin, Ministerium des Innern, Rep. 16314.
 - 7 S. dazu REINBORN, Dietmar: Städtebau im 19. und 20. Jahrhundert. Abschnitt Idealvorstellungen und Stadt X, Stuttgart/Berlin/Köln 1996, S. 158f.
 - 8 Die Frage der Typisierung und Normierung spielt in den Überlegungen der Architekten sowohl des Reichsheimstättenamtes der DAF in der Regie R. Leys als auch in den Planungsgruppen im Umfeld A. Speers im Zusammenhang mit dem »Führererlaß über die Vorbereitung des deutschen Wohnungsbaus nach dem Kriege« vom 15.11.1940 eine wesentliche Rolle. Am weitesten gingen die Planungen bei Ernst Neufert in Richtung industrialisierten Massenwohnungsbaus. S. dazu PRIGGE, Walter (Hg.): Ernst Neufert. Normierte Baukultur im 20. Jahrhundert (= Edition Bauhaus, Bd. 5), Campus Verlag, Frankfurt/New York 1999. S. dort Zeichner. Illustrationen zur Idee der »Hausbaumaschine« aus der »Bauordnungslehre« 1. Auflage von 1943, S. 31, 33 u.v.a. S. 376–383 (Nachdr.).

Paul Schultze Naumburg, Walter Richard Darré u.a. wurde zurückgedrängt zugunsten der Gruppe der Akzeptanz städtischer Lebensformen um den zunehmend einflussreicheren Albert Speer und seinem Architektenkreis. Im planerischen Schaffen dieser Gruppe reflektieren sich die Anforderungen der deutschen Groß- und Rüstungsindustrie nach flexibel einsetzbaren Fachkräften, ohne die beschworene ideelle Bindung an die Scholle, an Blut und Boden. Diese Positionen einer städtisch geprägten Lebensweise in mehrgeschossigen Mietswohnungen, den sogenannten Volkswohnungen, wurden nachhaltig unterstützt durch die mit dem »Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte« vom Oktober 1937 einsetzenden Umgestaltungsplänen für politisch relevante Großstädte im Deutschen Reich.⁹

Obwohl Gottfried Feder (1883–1941), ein Verfechter der Auflösung der deutschen Großstädte in ein Netz kleinerer Stadtneugründungen mit der Idealgröße von etwa 20 000 Einwohnern, 1936/37 keinen maßgeblichen Einfluss mehr auf das Planungs- und Baugeschehen ausüben konnte – er erhielt 1936 eine Professur an der Technischen Hochschule Berlin und lehrte dort Siedlungswesen, Raumordnung und Stadtentwicklung –, besaß seine Publikation »Die neue Stadt. Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung«¹⁰ – mit den innovativen Elementen der »Siedlungszelle« als kleinste planerische (und zugleich politische) Einheit, der Einbindung der Wohnviertel in die konkreten landschaftlichen Bedingungen wie auch seine dem künftigen Verkehrsaufkommen an Kraftfahrzeugen entsprechenden Verkehrs- und Wegeplanung – eine prägende Wirkung für die mit städtebaulichen Planungen im Deutschen Reich befassten Architekten.

Eine wesentliche ideologische Funktion wurde dem praktizierenden Denkmalschutz mit der »Stadtbildpflege« zugewiesen, die im sozialpolitischen Verständnis der NS-Machthaber zugleich auch unter dem Aspekt der »Sozialen Gesundung« kritischer Stadtquartiere mit einer Bevölkerungsstruktur, die dem beschworenen Ideal der »Volksgemeinschaft« nicht entsprach¹¹, betrieben wurde. Michael Lissok wird in seinem Beitrag die Entwicklung der denkmalpflegerischen Positionen unter dem Leitgedanken der »Stadtbildpflege« seit der Mitte der 1920er Jahre bis 1970 am Beispiel der Stadt Stralsund darstellen.¹² Dieser Stadt wurde im Nationalsozialismus in der betonten Präsentation der »schönen alten Stadt« gegenüber den über die Fährverbindung einreisenden skandinavischen Gästen eine wesentliche werbende und propagandistische Rolle zugewiesen.

9 TEUT, Anna: Architektur im Dritten Reich 1933–1945, Zeittafel S. 375ff., in: Bauwelt Fundamente, Bd. 19, Berlin/Frankfurt a.M./Wien 1967. – Vgl. dazu OVERESCH, Manfred: Das III. Reich, Bd. 1. 1933–1939, a.a.O., S. 391.

10 FEDER, Gottfried unter Mitarbeit von Fritz Rechenberg, Verlag Julius Springer, 2. Auflage, Berlin 1939.

11 DÜWEL, Jörn, Niels GUTSCHOW: Städtebau in Deutschland im 20. Jahrhundert. Idee. Projekte. Akteure, B.G. Teubner Verlag, Stuttgart/Leipzig/Wiesbaden 2001. Dort v.a. Stadtgesundung – Stadtsanierung 1934–1941, S. 106–110, insb. S. 106 u. 110.

12 Beitrag von Michael Lissok im vorliegenden Tagungsband: Denkmalpflege als Stadtbildpflege im 20. Jahrhundert am Beispiel Stralsunds (im Zeitraum zwischen etwa 1925 und 1970).

Diese nach innen wie auch gleichermaßen nach außen gerichteten Maßnahmen wurden nahezu kommentarlos aufgehoben durch die nach 1937 einsetzenden Um- und Neugestaltungsplanungen nicht nur der für die NS- Bewegung relevanten fünf Großstädte im Deutschen Reich, sondern nun auch die Ebene der Gauhauptstädte betreffend.

Das von allen beteiligten Seiten geforderte »Altstadtsanierungsgesetz« kam 1937 nicht zustande, dafür eröffnete das »Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte« vom 4. Oktober 1937 neue gesetzliche und planerische Wirkungsräume, die letztendlich in den zur Umgestaltung vorgesehenen Großstädten die Konzepte der Stadtbildpflege neutralisierten und in ihrem überdimensionalen Rahmen die »Stadtgesundungsprojekte« hypertrophieren ließen. Sabine Bock wird in ihrem Referat am Beispiel der vorgesehenen »Radikalsanierung« durch die nationalsozialistische Umgestaltung der Innenstadt der Landeshauptstadt Schwerin zwischen 1935 und 1943 die großwahnwitzige Planung, »die im völligen Widerspruch zu den ebenfalls erklärten Zielen der ›Altstadtgesundungsprojekte‹ stand«, nachvollziehbar machen.¹³

Hans Bernhard Reichow (1899–1974), seit 1936 Stadtbaudirektor der Großstadt und pommerschen Gauhauptstadt Stettin, entwickelte in seinen Umgestaltungsplanungen für Groß Stettin aus dem Jahre 1940¹⁴ eine Reihe von innovativen Ansätzen – wie etwa des Konzeptes der »Bandstadt« am westlichen Oderufer, des leistungsstarken Verkehrswegesystems und der harmonischen Einbindung der Wohnquartiere in die Landschaft –, welche die spätere Theorie der »offenen Stadtlandschaft«, die wiederum auf Gottfried Feders Grundpositionen basierten, zugleich aber auch moderne städtebauliche Konzeptionen der 1920/30er Jahre integrierten.

In der kurzen Existenz des »Arbeitsstabes für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte« unter der Verantwortung des Reichsministers Albert Speer¹⁵ – in der praktischen Leitung seines Vertrauten Rudolf Wolters – gelang es, neben der Schadenserfassung auch Wiederaufbauplanungen für die kriegszerstörten Städte zu erarbeiten, die trotz der NS-Terminologie progressive internationale Konzepte rezipierten und ihre Umsetzung und Entfaltung in den Wiederaufbauprojekten der endvierziger und frühen fünfziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland erfahren

13 BOCK, Sabine: Schwerin. Die Altstadt. Stadtplanung und Hausbestand im 20. Jahrhundert, Thomas Helms Verlag, Schwerin 1996, S. 38, sowie der Tagungsbeitrag von Sabine Bock im vorliegenden Tagungsband: Umgestaltungspläne für die Schweriner Innenstadt zwischen 1933 und 1989.

14 REICHOW, Hans Bernhard: Denkschrift zur städtebaulichen Entwicklung des Groß-Stettiner Raumes. Stettin 1940. – Siehe den Beitrag von Kathrin Stolzenburg im vorliegenden Tagungsband: Hans Bernhard Reichow (1899–1974). Ein Architekt und Städteplaner zwischen nationalsozialistischer Umgestaltung und der autogerechten Stadt.

15 DURTH, Werner: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1992. Dort v.a. programmatische Rede Albert Speers »Wiederaufbauplanung der deutschen Städte« am 30. November 1943, S. 243f.; Rundschreiben A. Speers an die Gauleiter über die Grundsätze zur Wiederaufbauplanung, 18. Dezember 1943, S. 245; unmittelbar vor Weihnachten 1943 wurde der »Arbeitsstab für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte« gegründet, Leitung des Arbeitsstabes durch Dr. Rudolf Wolters, S. 247. U.a. arbeiteten der Hamburger Architekt Konstanty Gutschow und der Stettiner Stadtbaudirektor Hans Bernhard Reichow aktiv im »Wiederaufbaustab« mit.

sollten.¹⁶ Das praktische Bauen in den letzten Kriegsjahren fand seinen kläglichen Tiefpunkt in der Errichtung von Behelfsbauten für Bombengeschädigte (BfB), die durch das deutsche Wohnungshilfswerk (DWH) unter Aufbietung aller Reserven zwischen 1943 und Frühjahr 1945 durchgesetzt wurde. Im alten Kompetenzstreit zwischen Albert Speer und Robert Ley gelang es letzterem in dieser Zeit noch einmal kurzzeitig, sich als Reichswohnungskommissar und Verantwortlicher für den Behelfsheimbau Machtpositionen für den zu erwartenden Bauboom »nach dem Kriege« zu sichern.¹⁷

Kommen wir nun zu dem zweiten inhaltlichen Schwerpunkt unserer Tagung – die städtebaulichen und architektonischen Entwicklungsprozesse in den Nachkriegsjahren bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre.

In allen Besatzungszonen, so auch in Norddeutschland, stand in den unmittelbaren Nachkriegsmonaten vor den Verantwortlichen – den zivilen Verwaltungseinrichtungen der Besatzungsmächte und den eingesetzten, noch instabilen deutschen Verwaltungen – als vordringlichste Aufgabe die elementare Sicherung des Lebens der einheimischen Bevölkerung und der in verschiedenen Schüben bis zum Ende der 1940er Jahre in die nördlichen Landesteile einströmenden deutschen Aussiedler.¹⁸ Neben der Grundversorgung erwies sich die behelfsmäßige Sicherung und Zuweisung von Wohnraum, vor allem in den vom Kriege zerstörten und von Zerstörungen am Kriegsende betroffenen Städten in Mecklenburg-Vorpommern¹⁹, als eine nur unter Mühen und Androhung administrativer Eingriffe wie die zwangsweise Belegung von privatem Wohneigentum zu bewältigende Langzeitaufgabe. Im Zusammenhang mit der Enteignung der NS- und Kriegsverbrecher und der Bodenreform ab Herbst 1945 wurden in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) viele der Umsiedler in den enteigneten Gutshäusern und ländlichen Schlossanlagen untergebracht. Sie bildeten zu einem wesentlichen Teil die Schicht der Neubauern mit über-eignetem Bodenreformland von 5–10 Hektar Größe.²⁰ Um diese kaum existenzfähigen Kleinbauernwirtschaften zu stabilisieren, ordnete die Sowjetische Militär-

16 REICHOW, Hans Bernhard: Organische Stadtbaukunst. Von der Großstadt zur Stadtlandschaft, Braunschweig/Berlin/Hamburg 1948. – Ders.: Die autogerechte Stadt, Ravensburg 1959.

17 S. dazu Nachdruck der Zeitschrift »Der Wohnungsbau in Deutschland«. Den Behelfsheimbau betreffend: Heft 13/14, Juli 1943, S. 310–319; Heft 23/24, Dezember 1943, S. 320–322; Heft 1/2, Januar 1944, S. 323–334; Heft 13/14, Juli 1944, S. 346–372 u. 375, in: HARLANDER, Tilman, Gerhard FEHL (Hg.): Hitlers sozialer Wohnungsbau 1940–1945. Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung (= Stadt. Planung. Geschichte, Bd. 6), Hans Christians Verlag, Hamburg 1986.

18 Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen östlichen Reichsgebieten auf der Grundlage der Beschlüsse der Konferenzen von Jalta/Krim, 3.–12. Februar 1945, und Potsdam, 17. Juli – 2. August 1945. – S. dazu: GRUBE, Frank u. Gerhard RICHTER: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947, Hoffmann u. Campe, Hamburg 1980. Dort v.a.: Chronik 1938–1947, S. 225–231 und die einzelnen Etappen der Ausweisung, S. 233.

19 Karte 2.1 Zerstörung deutscher Städte 1945 und Tabelle 2.1 Einwohnerzahl und Zerstörungsgrad deutscher Städte, in BEYME, Klaus von: Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten, Piper Verlag, München/Zürich 1987, S. 36 u. S. 38–43.

20 BOSSELMANN, Heinz: Unter der Herrschaft der Weltanschauungen, a.a.O., S.87f. und Katalogteil S. 520 u. 532, in: Katalog 1000 Jahre Mecklenburg ..., a.a.O.

administration in Deutschland (SMAD) mit dem Befehl 209 vom September 1947 die schnellstmögliche Errichtung einer großen Anzahl Neubauernhäuser und Wirtschaftsgebäude an. Das benötigte Baumaterial wurde nicht selten aus verlassenen Gutsanlagen geborgen. Die ab der zweiten Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) 1952 forcierte Werbung für die Bildung von landwirtschaftlichen Genossenschaften führte zu scharfen politischen Auseinandersetzungen auf dem Lande. Andererseits entwickelte sich mit der Einrichtung von Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) und dem Bau von Wohnhäusern für die »landwirtschaftlichen Spezialisten« eine allmähliche Verbesserung der Lebensbedingungen eines Großteils der Dorfbevölkerung. In den 1950er Jahren wurden neben Landwarenhäusern und medizinischen Stützpunkten in ausgewählten Dörfern Kulturhäuser errichtet. Zur beschleunigten sozialistischen Entwicklung der Dörfer wurden »Musterdörfer« geplant und teilweise auch realisiert – hier sei auf den Tagungsbeitrag Dieter Pochers über das mecklenburgische Musterdorf Mestlin verwiesen.²¹ Eine ebensolche Vorbildfunktion besaßen Dedelow in der Uckermark und Dorf Mecklenburg bis in die 1970er Jahre.²² Bisher noch wenig aufgearbeitet ist das Phänomen der Errichtung von qualitätsvollen Wissenschaftler-Wohnhäusern in den 1950er Jahren zur zielgerichteten Gewinnung renommierter Wissenschaftler für die beiden Hochschulen und weitere Forschungseinrichtungen des Landes. Jens Amelung hat sich als Denkmalpfleger mit der Baugeschichte und Stilistik der Wissenschaftler-Wohnsiedlung Riemserort im Zusammenhang mit dem Ausbau des Friedrich-Loeffler-Instituts auseinandergesetzt.²³

Erschwerend für die Konsolidierung der Wirtschaft der SBZ bzw. ab 1949 der Deutschen Demokratischen Republik wirkte sich das Zerreißen der gewachsenen Wirtschaftsstrukturen durch die nach 1945 fixierte Staatsgrenze an Oder und Neiße aus. Aber auch für den polnischen Staat ergab sich daraus gleichermaßen eine Fülle an Problemen bei der Heimischwerdung der nun in die neuen polnischen Westgebiete gezogenen Staatsbürger. Nicht unproblematisch waren die wirtschaftliche Integration des neuen Territoriums und der Wiederaufbau der ehemaligen deutschen Städte in den nun polnischen Gebieten.

Jacek Friedrich wird einen kritisch wertenden Beitrag zum rekonstruierenden Wiederaufbau der Rechtsstadt von Danzig/Gdańsk halten, der die Motivation für die Wiedererrichtung der – nun polnisch geprägten – historischen Altstadt in den schweren 1950er Jahren hinterfragt.²⁴ Gleichermaßen interessant ist der betont

21 Beitrag von Dieter Pocher im vorliegenden Tagungsband: Mestlin – das sozialistische Musterdorf in Mecklenburg. – S.a. Architekturführer der DDR, Bezirk Schwerin, Objekt 124 Mestlin, Verlag für Bauwesen, Berlin 1984, S. 93.

22 Architekturführer Neubrandenburg Stadt und Umgebung, Objekt 207 Dedelow, Verlag für Bauwesen, Berlin 1990, S. 121 sowie Architekturführer der DDR, Bezirk Rostock, Objekt 121 Dorf Mecklenburg, Verlag für Bauwesen, Berlin 1977, S. 71.

23 Beitrag von Jens Amelung im vorliegenden Tagungsband: Wohnsiedlung Riemserort.

24 Beitrag von Jacek Friedrich im vorliegenden Tagungsband: Tradition und Neuerung in der Rekonstruktion des historischen Zentrums von Danzig/Gdańsk 1949–1960.

antihistorisierende Wiederaufbau von Stettin/Szczecin in den 1960er Jahren in einer offenen Blockrand- bis Zeilenbebauung, der sich durchaus an zeitaktuellen westeuropäischen Städtebauzentren orientierte.²⁵

Nach der improvisatorischen Nachkriegsphase setzte in den ausgehenden 1940er Jahren und verstärkt in den beginnenden 1950er Jahren auch auf dem Gebiet Mecklenburg-Vorpommerns eine systematische Planung des Wiederaufbaus der kriegszerstörten Zentren der Groß- und Mittelstädte – Rostock, Wismar, Neubrandenburg und Stralsund – ein. Die frühen Planungen belegen bis zum Beginn des an historischen Traditionen anknüpfenden Bauens um 1952/53 durchaus ein bewusstes Anknüpfen an die Traditionen des Neuen Bauens der Weimarer Republik. Heinrich Tessenow (1876–1950) erarbeitete in den Nachkriegsjahren Pläne für eine offene Zeilenbebauung in den innerstädtischen Bereichen von Rostock und Neubrandenburg. Als Leiter des im November 1945 gegründeten Wiederaufbauamtes der Landesregierung in Schwerin war er verantwortlich für die Planungen zum Aufbau kriegszerstörter Städte, jedoch gelang es ihm nicht, seine Positionen einer aufgelockerten, durch Grünanlagen und temporäre Baulücken gegliederten Innenstadt praktisch umzusetzen. Am Beispiel der Rostocker Planungen von 1946 entzündete sich der Streit mit dem Architekten und Denkmalpfleger Adolf Friedrich Lorenz (1884–1962) als Konflikt zweier unterschiedlicher städtebaulicher Denkmalpflege-Standpunkte: kleinstädtisch anmutende Bescheidenheit versus Betonung der gewachsenen Kontinuität mittels einprägsamer Stadtbilder.²⁶

Die Konzeption einer aufgelockerten Neubebauung innerstädtischer Bereiche – statt eines rekonstruierenden Wiederaufbaus – befand sich durchaus im Kontext mit einem maßgeblichen Flügel der Städteplaner in der Bundesrepublik Deutschlands.²⁷ Diese frühen innovativen Stadtgestaltungs-konzeptionen wurden Anfang der 1950er Jahre mit der Dekretierung des »sozialistischen Bauens in den nationalen Traditionen« als anonym und formalistisch diskreditiert. So verwundert es nicht, dass die an

25 Jörg HACKMANN stellt in seinem Aufsatz: Stettin: Zur Wirkung der deutsch-polnischen Grenze auf die Stadtentwicklung nach 1945 die These auf, dass die polnische Wiederbebauung des Altstadt-bereichs wie auch die Verkehrsführung an der Oder zumindest inspiriert wurde durch die Um-gestaltungsplanungen H.B. Reichows von 1940, in: STÖTZER, Georg u. Robert MAIER (Hg.): Grenzen und Grenzräume in der deutschen und polnischen Geschichte. Scheidelinie oder Bege-gnungsraum, Verlag Hahnsche Buchhandlung, Hannover 2000, S. 217–234.

26 DÜWEL, Jörn: Rostock. Vom Anger zur Magistrale, in: DÜWEL, Jörn, Werner DURTH, Nils GUT-SCHOW, Jochem SCHNEIDER (Hg.): 1945. Krieg – Zerstörung – Aufbau. Architektur und Stadtplan-ung 1940–1960 (= Schriftenreihe der Akademie der Künste, Bd. 23), Henschel Verlag, Berlin 1995, S. 298–314ff., insbes. S. 302ff. –Ders.: Baukunst voran! Architektur und Städtebau in der SBZ/DDR, Kap. Rostock – Im Wettstreit mit der Stalinallee, S. 154–202, mit Abb., Schelzky & Jeep, Berlin 1995. – S. dazu den Beitrag von Alexander Schacht im vorliegenden Tagungsband: Das Wirken von Adolf Friedrich Lorenz (1884–1962) als Architekt und Denkmalpfleger in Mecklen-burg, insbesondere seine Wiederaufbauplanungen für die kriegszerstörte Rostocker Innenstadt.

27 Erinnerung sei an das stadtgestalterisch praktische Schaffen H.B. Reichows in den Nachkriegsjahren: Gartenstadt Hohnerkamp in Hamburg-Braunsfeld 1953/54; die städtebaulichen Ausbauplanungen für Wolfsburg 1945–53, Entwicklung des Generalbebauungsplanes Wolfsburg 1950; Sennestadt Bielefeld 1954, 1959–64. – S. den Beitrag von Kathrin Stolzenburg im vorliegenden Tagungsband: Haus Bernhard Reichow ..., a.a.O.

historischen Vorbildern der nationalen und regionalen Architekturgeschichte – der norddeutschen Backsteingotik und des Berliner Klassizismus – orientierten Magistralen-Projekte für Rostock – Bau der Langen Straße ab 1953 –, die Quartierbebauung im nördlichen Teil des kriegszerstörten Zentrums von Neubrandenburg 1952/53, repräsentative Einzelbauten in Schwerin, die ersten Wohnquartiere in Rostock-Reutershagen 1953–57 und Wismar-Wendorf 1952–58, eine in Ansätzen steckenbleibende Neubebauung in Stralsund, Saßnitz und Wolgast, durchaus tradierten Erfahrungswerten der Nutzer wie auch der politisch Verantwortlichen entgegenkamen. Diese das Heimatgefühl der Bewohner anrührenden historisierenden Gebäude entsprechen eher dem Ziel einer repräsentativen Ausgestaltung von Magistralen und ersten Wohnquartieren als die sachlich rationalen Wiederaufbauplanungen in der Tradition des Neuen Bauens und des Dessauer Bauhauses. Nahezu unkritisch wurden in den frühen 1950er Jahren die stalinistischen sowjetischen Architektur- und Städtebaukonzeptionen auf die um ihre historische Legitimation ringende DDR übertragen und pragmatisch den nationalen Traditionen angepasst.

Das Konzept der repräsentativen, funktionsdurchmischten Prachtstraßen und der großen Aufmarsch- und Versammlungsplätze wie auch das Anknüpfen an die Stilistik vergangener nationaler Architekturepochen ist bewusst als Gegenentwurf zu der architektonischen und städtebaulichen Entwicklung der BRD mit der Dominanz der aufgelockerten, organisch gestalteten Stadtlandschaft und der autogerechten Stadt, als Bestandteil der Systemauseinandersetzung zwischen den beiden politischen Machtblöcken angelegt worden. Diese politisch determinierte Baupolitik der DDR wurde ermöglicht durch die Schaffung geeigneter juristischer Rahmenbedingungen²⁸ und durch eine stringent durchgesetzte zentralisierte Leitung und Kontrolle durch das Aufbauministerium in Ostberlin. Damit war eine Zurücknahme der Planungs- und Ausführungshoheit wie auch der Eigenverantwortlichkeit der Planungämter in den Bezirken, Kreisen und Schwerpunktstädten verbunden.

Diese bis heute als Torsi wirkenden Magistralen und Platzgestaltungen der Zeit bis 1956/57 ergaben keine – oder nur eine mit großem Aufwand erreichte – städtebauliche und funktionale Verknüpfung mit dem urbanen Umfeld.²⁹ Die mit

28 U.a. 1949 Bildung des Aufbauministeriums der DDR; 1950 Gründung der Bauakademie der DDR; 27. Juli 1950 16 Grundsätze des Städtebaus (abgedruckt bei DÜWEL, Jörn, Niels GUTSCHOW: Städtebau in Deutschland im 20. Jahrhundert, a.a.O., S. 178f.); 1952 Verkündung des Nationalen Aufbauprogramms.

29 Der Baukomplex der Langen Straße in Rostock konnte mit späteren Bauten, etwa dem Wohnhochhaus von 1959/60 als nördlichem Abschluss des neuen Marktes, dem sich stilistisch der älteren Bebauung anpassendem Wohnhaus mit Apotheke (1966/67) und dem elfgeschossigen Stahlbeton-Skelettbau des damaligen Hauses der Gewerkschaft als nordwestlicher Abschluss komplettiert werden. Das die Südwestseite abschließende ehemalige Interhotel »Warnow«, 1964–67 in Großplattenbauweise errichtet, soll im Sommer 2002 abgetragen werden. Die bis in die frühen 1980er Jahre fehlende Anbindung zur nördlichen Altstadt wurde mit einer kleinteiligen, altstadttangepassten Bebauung mit Plattenbauten in Steildachausbildung (WBS 70 AR = Altstadt Rostock) weitgehend bewältigt. Erst in den späten 1990er Jahren bis in die Gegenwart erfolgt der Versuch einer innigen Verbindung der Rückfronten der Langen Straße zur kleinteiligen Altstadtbebauung der Kröpelinier Straße mit zeitgenössischer Architektur.

großem handwerklichen Aufwand errichteten Repräsentationsbauten und ersten Wohnquartiere konnten den großen Wohnungsbedarf der 1950er Jahre nicht abdecken. Immer nachdrücklicher bildete sich in den 1950er Jahren die Notwendigkeit einer neuen Baupolitik mit Orientierung auf den effektiven Bau von Großwohnsiedlungen heraus. Die Mittel- und Kleinstädte in den im Juli 1952 gebildeten drei Nordbezirken konnten bei der bisherigen Politik der Konzentration der Mittel und Baukapazitäten auf wenige repräsentative Großprojekte ihren eigenen Bedarf an Wohnungsbauten, geschweige denn den Wiederaufbau kriegszerstörter Zentren nicht in einem ernsthaften Umfang in Angriff nehmen. Resultierend aus dem nicht mehr lösbaren Widerspruch zwischen den finanziell aufwändigen Prachtmagistralen mit »Wohnpalästen für die Werktätigen« und dem angestauten Wohnungsbedarf, mit verstärkt durch den intensiven Aufbau der Werft- und Hafenindustrie im Bezirk Rostock, erfolgte mit der 1. Baukonferenz der SED im April 1955 in Berlin ein nachhaltiger Wandel in der Bau- und Wohnungsbaupolitik der DDR. Dieser war eine unmittelbare Reaktion auf den Prämissenwechsel in der sowjetischen Baupolitik, eingeleitet mit der Allunionsbaukonferenz im Dezember 1954 in Moskau.

Wenden wir uns nun dem dritten inhaltlichen Schwerpunkt zu – der Entwicklung der Architektur und des Städtebaus ab Ende der 1950er Jahre bis zu den ausgehenden 1970er Jahren.

Nahezu übergangslos wurde der Bau der aufwändigen Magistralen aufgegeben – die Bebauung der westlichen Partie der langen Straße in Rostock lässt z.B. den stilistischen und technologischen Wandel deutlich erkennen. Die neue Orientierung – griffig formuliert mit der Losung »Besser, schneller und billiger bauen« – setzt auf eine verstärkte Industrialisierung des nun in größeren Maßstäben erfolgenden Wohnungsneubaus. Der Bezirk Rostock erschließt relativ früh die Kapazitäten der frühen Plattenbauweise und stand bis in die 1970er Jahre in der Architekturentwicklung der DDR – mit den Möglichkeiten, aber auch den Grenzen der industriellen Massenfertigung – an der Spitze.

Mit der Orientierung auf den großflächigen und industriellen Wohnungsbau wird wiederum ein Wandel städtebaulicher Konzeptionen ausgelöst. Um möglichst rationell zu bauen, kommt die zuvor abgelehnte Zeilenbebauung wieder zur Anwendung.³⁰ Bei Klein- und Mittelstädten werden mit dieser offenen Bebauung Freiflächen geschlossen, die jedoch keine Verbindung zu älteren, geschlossenen

30 Wohngebiet Rostock Südstadt, 1960–68 für etwa 21 500 Einwohner errichtet, vier- bis fünfgeschossige Zeilenbebauung Typ P1 mit Pultdach, dazu vier Punkthochhäuser als Höhendominanten, in: Architekturführer Bez. Rostock, a.a.O., S. 31. – Wohngebiet Schwerin Weststadt, ab 1955–58 erste komplexe Stadterweiterung in traditioneller Bauweise, 2.–4. Bauabschnitt, ab 1958 bis 1963 in fünfgeschossiger Plattenbauweise und elfgeschossige Außenganghäuser von 1973/74. Insgesamt etwa 15 000 Einwohner, in: Architekturführer, Bez. Schwerin, Verlag für Bauwesen, Berlin 1984, S. 39ff. – Wohngebiet Schwerin Lankow, 1959–72, 6000 Wohneinheiten für 20 000 Einwohner errichtet, überwiegend fünfgeschossige Plattenbauten, 1. Wohnhochhaus des Bezirks in Plattenbauweise, 1962/63, in: ebenda, S. 46f. – S. auch für Kleinstädte den Beitrag von Klaus Haese im vorliegenden Tagungsband: Wiederaufbau und Ausbau kriegszerstörter Städte in Vorpommern – das Beispiel Anklam.

Blockrandbebauungen ermöglichen. Parallel mit dem verstärkten Wohnungsbau werden Einrichtungen der Kinderbetreuung, des Gesundheitswesens, Schulen und Kaufhallen in einem ausreichenden Maße errichtet – eine Position, die auch in den extensiven Großwohnsiedlungen der 1970er Jahre weiter vertreten wird. Als Schwachpunkt erweist sich generell das zu geringe Angebot kultureller Einrichtungen. Die Konzeption der Wohngebietszentren (WGZ) wird auf Grund der finanziellen Schwäche in den 1970er Jahren aufgegeben beziehungsweise auf Hauptzentren konzentriert. Die strikte Orientierung auf den Massenwohnungsbau führt auch in den drei Nordbezirken zu einem Verlust an städtebaulicher Differenzierung und Originalität wie auch zu einer stark normierten, ästhetisch anspruchslosen Architektur, die sehr bald in die gesellschaftliche Kritik gerät. Gestaltende, schöpferische Aufgaben treten zunehmend aus dem Berufsbild des Architekten – im Verlaufe der Herausbildung des umfangreichen Wohnungsbaus laut Parteiprogramm der SED 1971 wird er zum besseren Technologen degradiert.

Die zweite Hälfte der 1960er Jahre und der Wechsel zu den 1970er Jahren sind durch eine eigentümlich widersprüchliche Entwicklung der Architektur und des Städtebaus in der DDR charakterisiert. Einerseits befindet sich die Wirtschaft des Landes in einem Prozess der Erweiterung und Modernisierung. Als ein wesentlicher Aspekt seien hier die schon seit den 1950er Jahren geforderte Entwicklung der Schwerindustrie im strukturschwachen Norden – die ständige Weiterentwicklung der Werftindustrie – und in den 1960er Jahren der Aufbau technologieintensiver Produktionszweige – Elektronikwerke in Rostock und Greifswald, das erste Großkernkraftwerk der DDR in Greifswald-Lubmin – benannt, um die Entwicklungsdiskrepanzen zum höher entwickelten Süden schrittweise zu reduzieren. In der skizzierten Phase einer dynamischen Entwicklung diverser Industriezweige in den drei Nordbezirken und der damit verbundenen Ansiedlung von Fachkräften setzte andererseits ein bis dahin nicht gekannter Bedarf an Wohnraum ein. Diese dringend benötigten Wohnungen bemühten sich die Staats- und Parteiverantwortlichen durch einen beschleunigten Neubau zusätzlich zu erzielen – nun in industrieller Plattenbauweise mit der um 1970 eingeführten Standardbauweise »Wohnungsbauweise 70« (WBS 70).³¹ Oftmals gelangte man zu einer städtebaulichen Struktur der Wohnsiedlungen, die sich vom anonymen Raster der Zeilenbebauung löst und in den Großwohnquartieren der 1970er Jahre zu einer differenzierteren städtebaulichen Gestalt führt. Diese Wandlung der Siedlungsstruktur lässt sich in den Rostocker Wohngebieten zwischen Reutershagen, Evershagen, Lütten Klein, Lichtenhagen, Groß Klein und Schmarl ablesen, steht aber in modifizierter Weise auch für die großen Neubauwohngebiete in den Bezirken Schwerin und Neubrandenburg. Die anfängliche Kargheit und Monotonie der frühen Plattenbauten konnte mit dem modifizierten Großplattenbautyp WBS 70 weitgehend gemildert werden. Auch hier

31 S. den Beitrag von Joachim Palutzki im vorliegenden Tagungsband: Extensive Neubautätigkeit in der DDR – der standardisierte Wohnungsbau. Einige Aspekte zur Entwicklung der Wohnungsbauprogramme der 1960er und 1970er Jahre in der DDR.

muss angemerkt werden, dass Architektengruppen immer wieder eine größere Variationsbreite an Elementen und Typen forderten, teilweise auch selbst entwickelten, die jedoch auf Grund der ständig angespannten Finanz- und Materiallage nicht zur Anwendung oder zumindest zur Erprobung zugelassen wurden.

Andererseits setzt mit dem Beschluss der SED 1966 zum beschleunigten Aufbau der Stadtzentren ein außerordentlich ehrgeiziges Programm der weitgehenden Umgestaltung der innerstädtischen Bereiche aller Bezirksstädte und insbesondere der Hauptstadt Berlin (Ost) sowie ausgewählter Schwerpunkte der industriellen Entwicklung – beispielsweise Halle Neustadt und Schwedt – ein, das in einem bis dahin nicht gekannten Maße, zumindest nicht mit den Magistralen-Projekten der ersten Hälfte der 1950er Jahre vergleichbar, in die noch vorhandene Struktur der Innenstädte eingriff. Die ideologisch und politisch begründeten Projekte der endsechziger Jahre werfen heute noch höchst widersprüchliche Fragen auf. Einerseits sollte eine – nur mit den NS-Umgestaltungsplanungen messbare – Radikalveränderung der historisch gewachsenen Innenstädte mit unglaublichen Verlusten an denkmalpflegerisch wertvoller Bausubstanz die Modernität und Leistungsfähigkeit der Gesellschaft nach außen demonstrieren. Andererseits sind die Umgestaltungsprojekte selbstbewusster Ausdruck der Weltoffenheit des kleineren Teils Deutschlands mit einer modernen, aber auch höchst aufwändig zu realisierenden Architektur.³² Ein beachtlicher Teil dieser Planungen wurde in der DDR bis Anfang der 1970er Jahre umgesetzt – so etwa die Erweiterungsbauten für die Partei- und Staatsorgane am Neubrandenburger Ring oder die großstädtisch anmutende Bebauung in Neubrandenburg Ost. Vieles blieb durch die Auswirkungen der Energiekrise 1973 unverwirklicht, wie zum Beispiel das Rostocker Haus der Wissenschaft am Warnowufer. Der zeitweilige Innovationsschub in der Architektur – mit radikaler Beschneidung der Mitsprache der Denkmalpflege – erstreckte sich von den repräsentativen staatlichen Umgestaltungsprojekten der Bezirksstädte bis zu den Mittelstädten und Schwerpunkten der industriellen Entwicklung.

Die Ausstellung der Bürgerinitiative Altstadt e.V. Greifswald machte vor zirka einem Jahr der Öffentlichkeit wieder bewusst, dass es auch in Greifswald, wie in vielen Mittel- und Kleinstädten der DDR, in der Zeit zwischen 1966/67 und 1973 vergleichsweise ähnliche radikal-moderne Lösungen gab – so das Projekt der Hochstraßen-Brücken am Platz der Freiheit und großflächige Abrisse in der Altstadt mit anschließender Neubebauung in Plattenbauweise. Mit der Energiekrise 1973 setzte auch in der DDR ein erneutes Umdenken – ähnlich tiefgehend wie die Entscheidung um 1955 – ein. Die die Wirtschaftskraft der DDR überfordernden Umgestaltungsvorhaben der Bezirksstädte wurden eingestellt, jedoch nicht so abrupt abgebrochen wie die Vorhaben nach 1955. Berlin als Hauptstadt der DDR wurde bevorzugt weiter entwickelt – mit Hilfe und zu Lasten der Baukapazität der Bezirke.

32 S. zu dieser Problematik: BOCK, Sabine: Schwerin ..., a.a.O., S. 47–77.

Mit der Regierung Honecker erfolgte ab 1971/72 die politisch begründete Neuausrichtung auf den extensiven Wohnungsneubau. Ziel der Parteiführung war es, bis zum Jahrhundertwechsel die »Wohnungsfrage als soziale Frage« zu lösen. Entgegen den internationalen Werten der Drittelung der finanziellen Mittel für die Werterhaltung, Modernisierung und den Neubau von Wohnungen, erfolgte bis zum Ende der Existenz der DDR eine einseitige Verwendung der beschränkten Finanzmittel für die Errichtung industriell gefertigter Wohnungsneubauten. Bedingt durch eine unrealen Preispolitik, blieben die planerischen Gesamtkosten pro neu errichteter Wohnung – 62 000 Mark der DDR – bis 1989 trotz steigender Materialkosten gleich. Das war nur zu bewältigen durch eine radikale Typenreduzierung durch die Plattenwerke und einen Abbau städtebaulicher und architektonischer Extraaufwendungen wie Rasterbetonsteine zur Gliederung der Freiräume zwischen den Plattenbauten oder ornamentale Hohlblocksteine zur Gestaltung der Treppenhausfenster. Die Mittel für baugebundene Kunst wurden von ehemals 2 Prozent der Planungssumme gesellschaftlicher Bauten gegen Mitte der 1970er Jahre auf 0,5 Prozent reduziert.

Mitbedingt durch die einseitige Orientierung auf den Wohnungsneubau und verstärkt durch die periphere Lage der Neubauviertel, gerieten die Innenstädte in einen verhängnisvollen Kreislauf von Funktionsreduzierung und damit verbundener Abnahme der Attraktivität der Stadtzentren. Der zunehmende und später nicht mehr aufzuhaltende Verfall an architektonischer und städtebaulicher Substanz der Altstädte löste eine zunehmende Entvölkerung aus und führte zu sozialen Verwerfungen. Mit zentralistischen Methoden wurde in den späten 1970er Jahren beschlossen, die Sanierung der Innenstädte mittels industrieller, wenn auch modifizierter Großplattenarchitektur ab 1980 in Angriff zu nehmen. Pilotprojekte der Umgestaltung der zentrumsnahen Wohnquartiere waren in den endsiebziger Jahren die Städte Gotha, Bernau und Greifswald. Die Auswirkungen auf die innerstädtische Vielgestaltigkeit und die Reduzierung der ästhetisch gestalterischen Mittel lassen sich in Greifswald in den Umgestaltungsgebieten I bis III in der nördlichen Altstadt bis in die Gegenwart nachweisen.

Obwohl es schwer sein wird, zu dem Bereich der städtebaulichen und stadtplanerischen Vorhaben in der Zeit zwischen 1966/67 und 1989 damals aktive Architekten und Städteplaner zu gewinnen, die auch bereit sind, darüber zu sprechen, sollten wir diesen Komplex der Architekturentwicklung bis in die Gegenwart zum Thema einer vierten und abschließenden Greifswalder Architekturtagung machen.